

Staatspräsident Leo Wohleb (1888–1955) Katholischer Badener, Deutscher, Europäer¹

Von Tobias Wöhrle

„Ich war mein Leben lang bemüht, ein guter Badener und ein guter Deutscher zu sein. Ich bleibe beides und hoffe nur, daß ich, um mit Walter Rathenau, dem vor 25 Jahren am Johannistag Ermordeten, zu sprechen, noch das Glück habe, mich als guter Europäer in einer überstaatlichen Gemeinschaft betätigen zu können.“²

Dieses Selbstbild entwarf der neu gewählte Staatspräsident des Landes Baden, Leo Wohleb, am 24. Juni 1947 im Landtag im Kaufhaus am Münsterplatz in Freiburg im Breisgau. Der von der Badisch Christlich-Sozialen Volkspartei (BCSV) vorgeschlagene Wohleb war der einzige Kandidat. Auf ihn entfielen 39 Stimmen, 31 wären nötig gewesen, 17 Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Das Land Baden bestand damals aus dem südlichen, französisch besetzten Teil des alten Landes Baden. Bei der vorangegangenen ersten freien Landtagswahl nach Kriegsende am 18. Mai 1947 war die BCSV mit ihrem Spitzenkandidaten und Parteivorsitzenden Leo Wohleb mit fast 56 Prozent der Stimmen stärkste Kraft geworden.³

Gerade einmal eineinhalb Jahre war es her, als im Winter 1945/46 die politische Karriere des Gymnasialprofessors, mit den Hauptfächern Latein und Griechisch, begann. Leo Wohleb war damals bereits 57 Jahre alt und arbeitete als Hochschulreferent in der südbadischen Kultusverwaltung. Er war einer derjenigen, die nach der nationalsozialistischen Diktatur und dem zerstörerischen Zweiten Weltkrieg politische Verantwortung übernahmen und gehörte zu denen, die das Vertrauen der französischen Besatzungsmacht genossen. Doch in gewisser Weise stellte er eine Besonderheit dar, denn er war nicht – wie die meisten – vor 1933 Mitglied einer Partei gewesen. Er hatte sich zuvor nie politisch engagiert, wenn er auch als Lehrer und Schulleiter klare politische Positionen öffentlich vertreten hat.⁴

1 Dieser Beitrag beruht auf Ergebnissen der Doktorarbeit des Verfassers: Tobias WÖHRLE, *Leo Wohleb – Eine politische Biographie. „Treuhand der alten badischen Überlieferung“*, Karlsruhe 2008.

2 Protokoll, Badischer Landtag, 4. Sitzung, 24. Juni (angegeben ist Juli) 1947, S. 1f.

3 Der badische Landtag setzte sich aus 60 Abgeordneten zusammen. Die BCSV hatte 34 Sitze, die Sozialdemokratische Partei (SP) 13, die Demokratische Partei (DP) 9 und die Kommunistische Partei (KP) 4. Vgl. Karl Joseph RÖSSLER, *Der Badische Landtag*, Freiburg i.Br. 1949, S. 78ff. Wohleb wurde mit den Stimmen der anwesenden BCSV- und der DP-Abgeordneten gewählt.

4 Vgl. Paul-Ludwig WEINACHT, *Leo Wohleb (1888–1955)*, in: Jürgen ARETZ/Rudolf MORSEY/Anton RAUSCHER (Hg.), *Zeitgeschichte in Lebensbildern*, Bd. 7, Mainz 1994, S. 81–96, hier S. 86ff.

Als er 1945 als Unbelasteter in die badische Kultusverwaltung geholt und dort recht schnell zum Stellvertreter des zuständigen Leiters und Ministerialdirektors geworden war, kam er in Kontakt zu Gesprächskreisen, die über die Gründung einer überkonfessionellen christlichen Partei oder die Wiederherstellung der alten katholischen Zentrumspartei in Freiburg diskutierten. Er hat sich aber nicht gleich eindeutig positioniert. Wohleb wurde, nachdem der Gedanke der Überkonfessionalität sich durchgesetzt hatte, als Kompromisskandidat bei der Gründung der BCSV kurz vor Weihnachten 1945 zum vorläufigen Landesparteivorsitzenden gekürt und zwei Monate später vom ersten Landesparteitag im Amt bestätigt.⁵

Prägungen, Einflüsse, Entwicklungen

Leo Wohleb wurde am 2. September 1888 in der badischen Erzbischofs- und Universitätsstadt Freiburg im Breisgau geboren. Er wuchs Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts im katholischen Milieu der Schwarzwaldmetropole auf. Prägend waren die jahrzehntelangen Auseinandersetzungen zwischen Staat und katholischer Amtskirche in Baden, aber auch in Preußen. Die Kombination von Protestantismus und Preußentum wurde so bei vielen kirchentreuen Katholiken zum Feindbild oder man begegnete einem derart geprägten Staat mit kritischer Distanz.⁶

Wohlebs Vater Joseph war lange Zeit Kirchenfondsrechner und Kirchensteuerrechner der Freiburger Stadtpfarrei Sankt Martin, er war Mitglied im Katholischen Bürgerverein und auch der Zentrumspartei. Über die Tätigkeiten seines Vaters lernte Wohleb die kirchlichen Verhältnisse Freiburgs bestens kennen. Die Familie stand in Kontakt zu Stadtpfarrer Heinrich Hansjakob, einem bekannten und damals viel gelesenen Volksschriftsteller und Politiker, der den jungen Wohleb, nach dessen eigenen Angaben, sehr beeindruckt hat. Auch die weiteren Vorbilder Wohlebs fanden sich im politischen Katholizismus, so der Sozialpolitiker und spätere Studentenseelsorger Carl Sonnenschein und der Freiburger Landtagsabgeordnete und spätere Führer der badischen Zentrumspartei, Prälat Joseph Schofer.⁷

5 Vgl. Paul-Ludwig WEINACHT, *BCSV und CDU in Baden*, in: DERS. (Hg.), *Die CDU in Baden-Württemberg und ihre Geschichte*, Stuttgart u.a. 1978, S. 83–112, hier S. 91f.; Volker ILGEN/Ute SCHERB, *Leo Wohleb – Der Politiker*; in: Hans SCHADEK/Volker ILGEN/Ute SCHERB, *Ein badisches Leben. Leo Wohleb 1888–1955*, Freiburg i.Br. 2002, S.43–76, hier S. 48.

6 Vgl. Wolfgang HUG, *Geschichte Badens*, Stuttgart 1992, S. 267ff.; Frank ENGEHAUSEN, *Kleine Geschichte des Großherzogtums Baden 1806–1918*, Karlsruhe 2006, S. 158ff.

7 Vgl. Leo WOHLER, *Aus meinem Leben*, in: *Badische Heimat*, Heft 2/3 (1952), S. 78–81, hier S. 80; Paul-Ludwig WEINACHT, *Leo Wohleb*, in: Walter MÜHLHAUSEN/Cornelia REGIN (Hg.), *Treuhänder des deutschen Volkes. Die Ministerpräsidenten der westlichen Besatzungszonen nach den ersten freien Landtagswahlen. Politische Porträts, Melsungen*

In Baden fühlten sich viele Katholiken durch Gesetze diskriminiert und benachteiligt. Um dagegen anzukämpfen, hatte sich ein politischer Katholizismus herausgebildet, der katholische Interessen als Partei im Landtag vertrat. Die 1869 gegründete Katholische Volkspartei in Baden schloss sich 1888 der katholischen Zentrumsparlei im Reich an. Zur gleichen Zeit ist auch eine Wendung nach links innerhalb des badischen Zentrums zu beobachten. So war die Partei bis um 1930 stark vom sozialen Flügel geprägt. Auch Wohleb fühlte sich dieser Richtung nahe. Gegenüber dem preußischen Staat und auch dem von Preußen dominierten Deutschen Reich ist bei ihm stets Skepsis zu beobachten. Den herrschenden Nationalliberalen stand er kritisch gegenüber. Auch nach 1945 kann er sich nur schwer mit Vertretern des Liberalismus anfreunden, während er Sozialdemokraten mit größerer Aufgeschlossenheit begegnet. Dies ist bei einigen Vertretern des linken Zentrumsflügels zu beobachten. Als Erfahrung aus dieser Zeit findet sich bei vielen Vertretern des politischen Katholizismus auch nach Aufhebung aller Repressalien nach 1918 eine gewisse Vorsicht und ein Eintreten für die Rechte der katholischen Kirche. Dies ist auch bei Wohleb nach 1945 noch zu erkennen.⁸

Trotz der dezidiert katholischen Ausrichtung der Familie spielten Aufgeschlossenheit und Toleranz gegenüber Andersgläubigen im Hause Wohleb eine bedeutende Rolle. Wohlebs Vater, der einige Jahre in der Kanzlei zweier jüdischer Rechtsanwälte gearbeitet hatte, genoss deren besonderes Vertrauen und gelangte auf diesem Wege zum Amt des Rechners der jüdischen Gemeinde Freiburgs, das er 15 Jahre lang ausübte.⁹

Nachdem sich der Kulturkampf in Baden nach 1880 etwas beruhigt und sich das Verhältnis zwischen Staat und katholischer Kirche gebessert hatte, schaffte es der protestantische Großherzog Friedrich I., zur Integrationsfigur in Baden zu werden. Die wirtschaftlichen und technischen Fortschritte und Errungenschaften wirkten sich positiv auf das Verhältnis der Bevölkerung zu ihrem Staat aus. Dabei konnte man auf die integrativen Vorleistungen seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts kurz nach der Gründung des neuen Großherzogtums aufbauen, als der Staat weitgehend neu organisiert und eine der liberalsten Verfassungen Europas geschaffen wurde. Dies half der Bevölkerung, sich positiv mit dem neuen Staat zu identifizieren, so dass sich nach einigen Jahrzehnten in allen Landesteilen eine badische Identität herausgebil-

1991, S. 35–51, hier S. 35f.; Hans SCHADEK, *Leo Wohleb – Der Pädagoge*, in: SCHADEK/ILGEN/SCHERB (wie Anm. 5), S. 9–42, hier S. 15f., 19; Mitgliederverzeichnisse, Katholischer Bürgerverein Freiburg (gegr. 1866), Stadtarchiv Freiburg i.Br., K 2/12/6.

8 Vgl. HUG (wie Anm. 6), S. 268ff.

9 Vgl. SCHADEK (wie Anm. 7), S.10f., 17.

det hatte. Dies galt auch für die Katholiken, wo zwischen dem großherzoglichen Baden als Staat und der liberalen Regierung getrennt wurde.¹⁰

Auch der junge Leo Wohleb nahm dieses positive Badenbild in sich auf. Er entwickelte eine enge Verbundenheit zu seiner heimatlichen Region, daneben eine diese ergänzende alemannische Identität und ein Freiburger Wir-Gefühl.¹¹ Wenn man auch dem preußisch dominierten Deutschen Reich eine gewisse Skepsis entgegenbrachte, so fühlte man sich auch in Baden als Deutscher.¹² Neben der regionalen Identität hatte sich vor allem in den süddeutschen Staaten durch die Konstruktion der doppelten Zugehörigkeit auch eine nationale Identität herausgebildet.

Den Ersten Weltkrieg erlebte der Junglehrer Leo Wohleb an der Heimatfront. Er war, wohl wegen seiner geringen Körpergröße von 1,55 Meter, ausgemustert worden. An seinem Dienstort Bruchsal organisierte er die Milch-, Eier- und Fleischversorgung. Noch kurz vor Ende des Krieges wurde er ins Kultusministerium nach Karlsruhe versetzt, wo er das Kriegsende, die Abschaffung der Monarchie und die Anfänge der Republik Baden miterlebte.¹³

Viele Zentrumsanhänger fühlten sich 1918 ihrem Monarchen treu verbunden, doch nach dessen Thronverzicht konnte sich ein großer Teil recht schnell mit dem republikanischen Staat anfreunden. Nicht zuletzt der neue badische Zentrumsführer Joseph Schofer sprach sich für eine positive Mitarbeit aus. Das Zentrum konnte sich damals erstmals an einer badischen Regierung beteiligen. Die katholische Partei sorgte für den Abbau der letzten Kulturkampfgesetze und vertrat kirchliche Interessen. Als stärkste politische Kraft im Land prägte sie die Politik der Weimarer Jahre entscheidend mit. Diese Tatsachen ermöglichten es vielen Zentrumsanhängern, dem neuen Staatswesen positiv gegenüber zu stehen und auch Leo Wohleb war ein Befürworter des republikanischen Systems und der Demokratie.¹⁴

10 Vgl. HUG (wie Anm. 6), S. 284f.; Hans-Georg WEHLING/Angelika HAUSER-HAUSWIRTH/Fred Ludwig SEPAINTNER, *Baden-Württemberg. Land der regionalen Vielfalt*, in: DIES. (Hg.), *Baden-Württemberg. Vielfalt und Stärke der Regionen*, Leinfelden-Echterdingen 2002, S. 13–19, hier S. 17f.; Hans-Georg WEHLING, *Ein Bindestrich-Land? Verbundenes und Unverbundenes in der politischen Kultur Baden-Württembergs*, in: Hans-Georg WEHLING/Dieter LANGEWIESCHE u. a., *Baden-Württemberg. Eine politische Landeskunde*, Teil II, Stuttgart 1991, S. 13–26, hier S. 21ff.

11 Vgl. Heiko HAUMANN, „Die schönste Stadt Deutschlands“. *Freiburg in der Urbanisierung*, in: Hans SCHADER/Heiko HAUMANN (Hg.), *Geschichte der Stadt Freiburg*, Bd. 3: *Von der badischen Herrschaft bis zur Gegenwart*, 2. Aufl., Stuttgart 2001, S. 170–180, hier S. 179.

12 Vgl. Hansmartin SCHWARZMAIER, *Baden. Dynastie – Land – Staat*, Stuttgart 2005, S. 241ff.

13 Vgl. Zeugnis über die Tätigkeit Wohlebs (Milch- und Eieramt, Fleischversorgungskontrollstelle) in Bruchsal von Oberbürgermeister Muster vom 9.3.1918, im Nachlass Wohlebs im Staatsarchiv Freiburg (StAF), T1 Wohleb, Leo Nr. 188; „Bruchsaler Bote“, Nr. 175 vom 1.8.1918

14 Vgl. Thomas SCHNABEL, *Geschichte von Baden und Württemberg 1900–1952*, Stuttgart 2000, S. 86; Hans-Georg MERZ, *Katholische und evangelische Parteien in Baden seit*

Ab Mitte der 1920er Jahre war Wohleb Mitglied der Paneuropabewegung. Zur gleichen Zeit waren bei ihm pazifistische Tendenzen zu erkennen, als sich eine katholische Friedensbewegung formierte, die im Deutschen Reich vor allem von Teilen des linken Zentrumsflügels getragen wurde. Dabei setzte man vor allem auf die Verständigung mit Frankreich, deren Notwendigkeit vielen in Baden an der französischen Grenze stärker bewusst war als anderen.¹⁵

Die Weimarer Jahre verbrachte Wohleb weitgehend als Gymnasialprofessor in seiner Heimatstadt Freiburg. Dort gehörte er zu den Honoratioren und konnte über seine berufliche Tätigkeit, sein Engagement in Vereinen und später auch als Lehrbeauftragter für Latein und Griechisch an der Albert-Ludwigs-Universität viele Kontakte knüpfen, die ihm später von Nutzen sein sollten. Er machte sich einen Namen durch wissenschaftliche Veröffentlichungen und die Herausgabe einer lateinischen Grammatik, die an vielen Schulen verwendet wurde. Sein Aufstieg zum Direktor des Gymnasiums Donaueschingen 1930 und seine bald darauf folgende Versetzung als Referent ins Kultusministerium nach Karlsruhe 1931 sind zum einen darauf zurückzuführen, aber auch auf parteipolitisch motivierte Beförderungen. Wohleb galt, ohne Parteimitglied zu sein, stets als Zentrumsmann.¹⁶

Sein Weltbild war zum einen geprägt vom Christentum, aber als klassischer Philologe auch von antiken Vorstellungen. Als die drei Säulen der klassischen Bildung sah er die Antike, das Christentum und das Deutschtum an. Dies entsprach den Vorstellungen führender Vertreter des Bildes eines christlichen Abendlandes, womit das lateinische Europa katholischer Prägung gemeint war. Damit einher ging die Ablehnung zeitgenössischer nationalistischer und völkischer Ideen. In der Zeit des Nationalsozialismus wurde der Begriff

dem 19. Jahrhundert, in: WEINACHT, *CDU in Baden-Württemberg* (wie Anm. 5), S. 33–62, hier S. 42.

- 15 Vgl. Maria WOHLER, *Weiterführung des Lebensbildes nach seinem Tode*, in: *Leo Wohleb 1888–1955 zum 10. Todestag am 12. März 1955, zusammengestellt von seiner Frau*, Karlsruhe 1965, S. 14–17, hier S. 16; Leo WOHLER, *Ein Paneuropa-Entwurf aus dem achtzehnten Jahrhundert*; in: *Paneuropa* 6 (1928) 6, S. 14–18. Vgl. Kurt HOCHSTUHL, *Gegen Säbelrasseln und revanchistische Tiraden. Der Internationale Friedenskongress 1923 in Freiburg*, in: *Festschrift für Gerhard Taddey* (Württembergisch Franken, 86), Schwäbisch Hall 2002, S. 601–608, hier S. 601f., 605f.; Heiko HAUMANN, „*Nie wieder Krieg!*“ *Friedensbewegung in Freiburg während der zwanziger Jahre*, in: SCHADEK/HAUMANN (wie Anm. 11), S. 294–296, hier S. 294.
- 16 Vgl. Kurt HOCHSTUHL, *Leo Wohleb und das Land Baden. Zum 50. Todestag des letzten badischen Staatspräsidenten am 12. März 1955*, in: „Badische Heimat“, Heft 1 (2005), S. 15–25, hier S. 17f.; Joseph Hermann SCHMALZ/Carl WAGENER, *Lateinische Schulgrammatik*, neu bearb. von Leo Wohleb, Bielefeld/Leipzig 1922 (2. Aufl. 1924, 3. Aufl. 1928, 16. Aufl. 1958).

„Abendland“ für einige Oppositionelle zum Kennwort für Christentum und Humanität, auf den man nach 1945 wieder aufbauen konnte.¹⁷

In seinen zum Teil öffentlichen Reden als Schuldirektor in Donaueschingen zur Räumung des Rheinlandes, zum Reichgründungstag und zum Verfassungstag fehlen nationalistische Töne ganz, auch wenn er nicht grundsätzlich auf nationale Rhetorik verzichtete, diese aber stark auf den Begriff der „Heimat“ fokussierte. Als Befürworter des Weimarer Systems versuchte er, Verständnis für die damalige Situation zu wecken. Allerdings rief er zu mehr Einigkeit auf und verurteilte die Haltung und das Vorgehen der extremistischen Parteien wie Kommunisten und Nationalsozialisten.¹⁸

Anhand seiner Donaueschinger Reden und seinem Engagement in jenen Jahren wird deutlich, dass Wohleb ein Gegner des Krieges war, der Verständigungspolitik anhing und zu den Verteidigern der demokratischen und republikanischen Staatsform zählte. Auch sein frühes Bekenntnis zur europäischen Einigung schließt sich hier an. Darauf konnte er nach 1945 aufbauen.

Über die Haltung Wohlebs nach der so genannten „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten und vor allem nach der Absetzung der badischen Regierung und der Übernahme der Amtsgeschäfte durch Robert Wagner in Baden, kann nur spekuliert werden. Es ist aber sicher, dass er nicht zu den Beamten gehörte, die durch eine Mitgliedschaft in der NSDAP ihre Stellung absichern und ihre Karriere fördern wollten. Seine Donaueschinger Reden beweisen eine klare Ablehnung des Nationalsozialismus. Dass er gewisse Hoffnungen bezüglich der Stellung der Kirche im nationalsozialistischen Staat hatte, kann nicht ausgeschlossen werden. Als regelmäßiger Kirchgänger war er sicher mit den Verlautbarungen seines Ortsbischofs Conrad Gröber, der die Bejahung des neuen Staates forderte, und der Fuldaer Bischofskonferenz vertraut, die die bisher angeratene kritische Distanz gegenüber dem Nationalsozialismus aufgab.¹⁹

17 Vgl. Ansprache Wohlebs zum 50-jährigen Jubiläum des Gymnasiums Lahr 1932, StAF T1 Wohleb, Leo Nr. 9; Heinz HÜRTE, *Abendland*, in: Winfried BECKER u. a. (Hg.), *Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland*, Paderborn 2002, S. 413–414; Heinz HÜRTE, „Abendland“ – ein Topos bei Besinnung und Neubeginn, in: Rottenburger Jahrbuch für Kirchengeschichte 7 (1988), S. 27–31, hier S. 27; Jürgen KLÖCKLER, *Abendland – Alpenland – Alemannien: Frankreich und die Neugliederungsdiskussion in Südwestdeutschland 1945–1947*, München 1998, S. 81; Peter WALTER, *Christlicher Humanismus*, in: BECKER u. a. (wie Anm. 17), S. 474–475.

18 Reden in StAF T1 Wohleb, Leo Nr. 6 und Nr. 10. Die Ansprache zur Räumung des Rheinlandes ist abgedruckt in: SCHADEK (wie Anm. 7), S. 26f., die Verfassungsrede „Was jeder Deutsche wissen sollte (1931)“ in: *Leo Wohleb – der andere politische Kurs. Dokumente und Kommentare*, hg. von Paul-Ludwig WEINACHT in Verbindung mit Maria WOHLER und Hans MAIER; Freiburg i.Br. 1975, S. 32–41.

19 Vgl. Ulrich von HEHL, *Das Kirchenvolk im Dritten Reich*, in: Klaus GOTTO/Konrad REPPEN (Hg.), *Die Katholiken und das Dritte Reich*, 3. Aufl., Mainz 1990, S. 93–118, hier

Doch die Erlebnisse im Umfeld des Ministeriums, die Entlassungen und Degradierungen von Kollegen, vor allem wenn sie – wie er – dem Zentrum nahe standen, haben ihn sicherlich in seiner Ablehnung des Nationalsozialismus bestärkt. Diese hat sich aber wohl erst nach seiner Suspendierung aus dem Ministerium im Februar 1934 ganz und gar verfestigt. Nach einer Auseinandersetzung am Telefon mit Gauleiter Robert Wagner wurde Wohleb auf dessen Geheiß beurlaubt und schließlich vom Dienst suspendiert. Mit Hilfe seines direkten Vorgesetzten, des Nationalsozialisten Herbert Kraft, gelang es, ihn als Direktor an das Gymnasium nach Baden-Baden zu versetzen.²⁰

Wohleb hielt sich in den folgenden Jahren mit politischen Meinungsäußerungen weitgehend zurück. Wie sensibel Parteikreise reagieren konnten, zeigt eine Preisverleihung 1935 an jüdische Schüler. Wohleb übergab die Preise nicht öffentlich, sondern in seinem Dienstzimmer. Doch der Vorgang wurde bekannt. Die Parteipresse prangerte das Verhalten Wohlebs an, und auch Robert Wagner in Karlsruhe erfuhr davon. Wieder hat Herbert Kraft sich für Wohleb verwendet, so dass die Sache glimpflich ausging, doch es hatte sich gezeigt, dass Wohleb unter Beobachtung stand.²¹ In internen Einschätzungen seiner Person durch den Sicherheitsdienst attestierte man ihm eine ablehnende Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus, doch zeige er dies nicht offen, was auf seine „jesuitische Gerissenheit“ zurückzuführen sei.²²

Wohlebs Ablehnung des Nationalsozialismus und dessen Ideologie wurzelte zum einen in seinem christlichen Denken, zum anderen in seiner humanistischen Bildung. Dazu kommen sein Heimatbegriff, seine badische Identität und sein süddeutsch-föderaler Patriotismus. Verstärkt wurde alles durch eigene Er-

S. 97f.; Gotthard JASPER, *Die gescheiterte Zähmung. Wege zur Machtergreifung Hitlers 1930–1934*, Frankfurt/M. 1986, S. 207; Hugo OTT, *Conrad Gröber*, in: *Badische Biographien*; Bd. I, Stuttgart 1982, S. 144–148, hier S. 146f.

- 20 Vgl. Hans-Georg MERZ, *Beamtenum im nationalsozialistischen Staat – Der „Fall“ Leo Wohleb (1934)*, in: „Schau-ins-Land“, Zeitschrift des Breisgau-Geschichtsvereins, 103. Jahresband, 1984, S. 131–148, hier S. 135ff.; Erklärung Wohlebs „Verhalten des Oberregierungsrats Leo Wohleb“ vom 7.12.1934, StAF T1 Wohleb, Leo Nr. 146.
- 21 Vgl. Oskar ARMBRUSTER, *Leo Wohleb als Kollege im Lehramt (1912–1945)*, in: Hans MAIER/PAUL-Ludwig WEINACHT (Hg.), *Humanist und Politiker. Leo Wohleb, der letzte Staatspräsident des Landes Baden*. Gedenkschrift zu seinem 80. Geburtstag am 2. September 1968, Heidelberg 1969, S. 11–14, hier S. 13; Reinher GASSERT, *Leo Wohleb in Baden-Baden*, in: *Aquae 96. Beiträge zur Geschichte der Stadt und des Kurortes Baden-Baden*, Heft 29, 1996, S. 109–115, hier S. 111f.; „Mercur-Rundschau“ vom 18.5.1935; Aktenvermerk des Badischen Ministeriums für Kultus und Unterricht, Kraft (für Durchführung) vom 7.6.1935, Personalakte Leo Wohlebs, StAF F 110/2 Nr. 261.
- 22 Vgl. Sicherheitsführer des Reichsführers SS, SD-Oberabschnitt Süd-West, Unterabschnitt Baden an das Gaupersonalamt Baden in Karlsruhe vom 23.2.1938; NSDAP-Kreisleitung Rastatt, Personalamt, an Gaupersonalamt Karlsruhe vom 11.2.1938; Entnazifizierungsakte Leo Wohleb, Archives de l'Occupation Française en Allemagne et en Autriche, Colmar (AOFAA) Bade 1975.

fahrungen im nationalsozialistischen Staat, angefangen von seiner Suspendierung bis hin zu verschiedenen Denunziationen.

Die geistige Neuorientierung nach dem Untergang des Nationalsozialismus, die sich für viele Deutsche im Rahmen des christlichen Humanismus und ausgeprägter Abendlandvorstellungen bewegte, entsprach weitgehend Wohlebs Vorstellungen, so dass er sich problemlos hier verorten konnte. Das politische Leben in Südbaden entstand von unten wieder, von der Gemeindeebene aus. Dabei spielte das Subsidiaritätsprinzip der christlichen Soziallehre eine wichtige Rolle, vor allem wie dies in der Enzyklika „Quadragesimo Anno“ von Papst Pius XI. im Jahre 1931 betont worden war. Wohleb war schon vor 1933 ein Anhänger dieses Prinzips, was seine Donaueschinger Reden beweisen.²³

Neben dem Subsidiaritätsprinzip waren in Südbaden weitere Faktoren wirkungsmächtig, die die politischen Anfänge und die Ausgestaltung eines zukünftigen Staatswesens beeinflussten. Es gab, wie in den anderen süddeutschen Staaten, eine stark ausgeprägte Tendenz zum Föderalismus. Doch auch der Blick auf die Zeit vor 1933 und vor allem auch vor 1914 als die Bundesstaaten im Süden viele Reservat- und Sonderrechte genossen, hatte Einfluss auf diese Haltung. Und auch Wohleb hat immer wieder betont, dass die Unitarisierung und das Zurückdrängen der Länderkompetenzen in den Weimarer Jahren mit dafür verantwortlich seien, dass der Nationalsozialismus an die Macht gelangen konnte.²⁴

Dazu gesellte sich nach der Militarisierung der Gesellschaft und dem Weltkrieg eine Abneigung gegenüber allem Preußischen. Dadurch versuchte man vor allem in Süddeutschland, sich auch von irgendwelcher Mitschuld am Aufkommen des Nationalsozialismus rein zu waschen. Dabei wurden meist alte, bereits früher hauptsächlich im katholischen Milieu vorhandene antiborussische Ressentiments wiederbelebt und verstärkt.²⁵

Im französisch besetzten Teil Badens kam es ab 1945, gefördert von der Besatzungsmacht, zu einer Wiederbelebung einer betont heimatlich-badischen Ausrichtung. Mit dem Juristen Paul Zürcher²⁶ fand Wohleb ein Pendant, das

23 Vgl. Anton RAUSCHER, *Sozialenzykliken*; in: BECKER u.a. (wie Anm. 17), S. 647–648, hier S. 647; Oswald von NELL-BREUNING, *Die soziale Enzyklika. Erläuterungen zum Weltrundschreiben Papst Pius' XI. über die gesellschaftliche Ordnung*, Köln 1932; Rede Wohlebs zur Verfassungsfeier am 11. August 1931 in Donaueschingen, StAF T1 Wohleb, Leo Nr. 6, abgedruckt in: *Leo Wohleb – der andere politische Kurs* (wie Anm. 18), S. 36.

24 Vgl. Versamlungsrede Wohlebs vom Sommer 1946, abgedruckt in: Paul-Ludwig WEINACHT/Tilman MAYER, *Ursprung und Entfaltung christlicher Demokratie in Südbaden. Eine Chronik 1945–1981*, Sigmaringen 1982, S. 309; Leo WOHLER, „Badnerland, Heimatland“, in: „Badische Zeitung“ vom 31.5.1946; Regierungserklärung Wohlebs, Beratende Versammlung des Landes Baden, 4. Sitzung, 7.1.1947, S. 2.

25 Vgl. Michael KISSENER, *Zwischen Diktatur und Demokratie. Badische Richter 1919–1952*, Konstanz 2003, S. 313.

26 Zu Paul Zürcher vgl. Karl-Heinz KNAUBER, *Zürcher, Paul*, in: *Badische Biographien*, Bd. II, Stuttgart 1987, S. 322–325.

ähnlich sozialisiert und geprägt war wie er und die badische Tradition zu einer der Handlungsmaximen im entstehenden Staatswesen erklärt hatte. Diese badische Tradition wurde propagiert und fand bei den Verfassungsberatungen Eingang in die Konstitution, in dem das Land Baden sich zum „Treuhänder der alten badischen Überlieferung“ erklärte.²⁷ Durch seine Wahl zum Staatspräsidenten und seine Vereidigung auf die Verfassung fühlte sich Wohleb daran gebunden. Er übernahm für seine Person diese Treuhänderschaft. Dieser fühlte er sich bis zum Ende seines Lebens verpflichtet.

So orientierte sich Wohleb in vielen Politikbereichen an den Verhältnissen im alten Land Baden, vor allem aber auch an den Verhältnissen vor 1914. Zu erwähnen ist hier der Schul- und Hochschulbereich. Er hielt beispielsweise an der 1876 während des Kulturkampfes eingeführten Simultanschule fest, obwohl viele Kleriker und katholische Laien, vor allem in seiner eigenen Partei, auf die Einführung der Konfessionsschule hofften. Wohleb war der Ansicht, dass die bisherige Form sich bewährt habe. Er wollte keinen Schulstreit heraufbeschwören. Außerdem sollte nicht zu sehr am bestehenden Verhältnis zwischen Staat und Kirche gerüttelt werden. Hier wirkte der Kulturkampf nach. Unterstützt wurde Wohleb dabei vom Freiburger Erzbischof Conrad Gröber.²⁸

Der Begriff „Heimat“, der für Wohleb immer schon eine wichtige Rolle gespielt hatte, fand Eingang in seine Regierungspolitik. In seinen Reden und Schriften nach 1945 dürfte der Begriff der am häufigsten vorkommende sein. Wohleb bemühte sich um die Pflege heimatlicher Traditionen, die ihm wichtig waren. Sein Engagement für die Heimatpflege korrespondierte mit seinem Bild der Demokratie, dessen Grundlage die Familie und die Gemeinde bildeten. Demokratie müsse von „unten her wachsen, im Boden der Heimat ausgesät sein“.²⁹

Der Wiederaufbau staatlicher Ordnung und Demokratie konnte nach Wohlebs Meinung also nur von unten geschehen. Als Vorbild für eine volkstümliche und bodenständige Demokratie diente ihm die benachbarte Schweiz. Man solle klein anfangen, zuerst den badischen Staat wieder aufbauen mit einem „staatlichen und kulturellen Eigenleben“, bevor man an einen Bund deutscher

27 Präambel der Badischen Verfassung von 1947.

28 Vgl. Peter FÄSSLER, *Badisch, Christlich und Sozial. Zur Geschichte der BCSV/CDU im französisch besetzten Land Baden (1945–1952)*, Frankfurt/M. 1995, S. 81f. In der 3. Sitzung des Rechtspflegeausschusses der Beratenden Versammlung des Landes Baden am 27.3.1947 betonte Wohleb, „daß man seit dem Bestehen der Simultanschule, seit 1876, die besten Erfahrungen gemacht habe. [...] Wir wollen in der Volksschule die Verhältnisse wieder herstellen, wie sie in guten Zeiten gewesen sind, wie etwa vor dem ersten Weltkrieg.“ Sitzungsprotokoll abgedruckt in: *Quellen zur Entstehung der Verfassung des Landes Baden*, bearb. von Paul Feuchte; Teil 1, Stuttgart 1999, S. 432–442, hier S. 441.

29 Versammlungsrede Leo Wohlebs vom Sommer 1946, abgedruckt in: WEINACHT/MAYER (wie Anm. 24), S. 308–309, hier S. 308.

Länder denke. Eine besondere Rolle hatte für ihn dabei die BCSV, die sich als badische Heimat- und Staatspartei verstand.³⁰

Parteivorsitzender und Regierungschef im Land Baden

Als Leo Wohleb am 20. Dezember 1945 sein Amt als Landesvorsitzender der BCSV antrat, waren viele der Ansicht, dass dies lediglich eine Übergangslösung sei. Manch einer glaubte auch, in ihm eine schwache und leicht zu beeinflussende Persönlichkeit gefunden zu haben, doch wurden diese im Laufe der Zeit eines Besseren belehrt. Auch die französische Besatzungsmacht hielt anfänglich den im Hintergrund agierenden Paul Zürcher oder auch den Freiburger Erzbischof Conrad Gröber für den starken Mann der neuen überkonfessionellen Partei.³¹

Bei der Parteigründung in Freiburg waren zwölf Personen anwesend, zwei Protestanten und zehn Katholiken. Bis auf einen wohnten alle in der Erzbischöfsstadt. Auf den Namen CDU hatte man bewusst verzichtet, um einigen alten Zentrumsanhängern, die lieber da weiter gemacht hätten, wo sie 1933 aufgehört hatten, den Weg in die überkonfessionelle Partei leichter zu machen.³²

Die Gründungsversammlung verabschiedete ein Wiederaufbauprogramm. Darin wurde das „Badische“ betont. Das „badische Volk“ wolle den „ihm gebührenden Platz“ in der „Gemeinschaft seiner süddeutschen Nachbarn“ wieder einnehmen, ganz klar in Absetzung von preußischen Traditionen. Das Christentum und die Demokratie wurden als Grundlagen einer neuen staatlichen Ordnung bezeichnet. Jeder „Übergriff des Kapitalismus“ sollte unterbunden werden.³³

Bereits in den ersten Wochen nach der Konstituierung der Landespartei wurde deutlich, dass nicht alle Gesinnungsfreunde in Südbaden mit dem eingeschlagenen Kurs der Freiburger Parteigründer einverstanden waren. Viele hofften nach wie vor auf eine Annäherung an die CDU-Gründungen in anderen deutschen Regionen. Vor allem in den Kreisen am Bodensee lehnte man die Konzeption einer badischen Partei mehrheitlich ab. Wohleb stand von Anfang an hinter dem Namen BCSV. Die spätere Umbenennung in CDU Baden wurde im April 1947 gegen den Willen Wohlebs beschlossen und erst viele Monate später vollzogen.³⁴

30 Vgl. Rede Wohlebs vor der ersten BCSV-Landestagung, 24.2.1946, abgedruckt in: WEINACHT/MAYER (wie Anm. 24), S. 304 und FÄSSLER (wie Anm. 28), S. 116f.

31 Vgl. FÄSSLER (wie Anm. 28), S. 390.

32 Vgl. WEINACHT/MAYER (wie Anm. 24), S. 37ff.

33 Das Programm der BCSV ist abgedruckt EBD. S. 283f.

34 Vgl. FÄSSLER (wie Anm. 28), S. 83; WEINACHT (wie Anm. 5), S. 96.

In den ersten Monaten nach der Parteigründung war Wohleb viel im Land unterwegs. Er warb für den Kurs der Freiburger Parteigründer. Wohleb galt als guter Redner, der auf Menschen zugehen konnte. Im Herbst 1946 trat er dann auch bei vielen Wahlveranstaltungen im Vorfeld der Gemeinde- und Kreistagswahlen auf. Dadurch gewann Wohleb einen größeren Bekanntheitsgrad im Land, der nach der Übernahme von Regierungsämtern immer weiter wuchs.³⁵

Im November 1946 erlaubte die französische Besatzungsmacht die Einberufung einer Beratenden Landesversammlung zur Ausarbeitung einer Landesverfassung. Entscheidend für die Sitzverteilung waren die Ergebnisse der Kommunalwahlen. Da die BCSV diese mit großem Vorsprung gewonnen hatte, konnte sie 37 der 61 Mitglieder stellen. In der ersten Sitzung der Landesversammlung wurde Leo Wohleb zum Präsidenten des Gremiums gewählt. Dieses Amt übte er aber nur wenige Tage aus, da er am 2. Dezember 1946 von der Militärregierung zum Präsidenten des Staatssekretariates, der vorläufigen badischen Landesregierung, ernannt wurde. Gleichzeitig übernahm er auch die Leitung der Kultusverwaltung.³⁶ Ursprünglich war Paul Zürcher, damals Chef der Justizverwaltung, für das Amt des Chefs der vorläufigen Regierung vorgesehen. Infolge der Tillessen-Affäre³⁷ wurde kurzfristig der BCSV-Vorsitzende Wohleb nominiert.

Mit dem Aufbau und der Leitung der Staatskanzlei Wohlebs war der in Freiburg wohnhafte Botschaftsrat a.D. Clemens von Brentano³⁸ betraut. Die gesamte Organisation der Staatskanzlei lag in dessen Verantwortung. Er erarbeitete die Aufgaben und Zuständigkeiten der Behörde und legte die einzelnen Abteilungen fest.³⁹ Die badische Staatskanzlei im Freiburger Colombischloßle war das organisatorische Zentrum der Regierung und der Macht Wohlebs, hier liefen die Fäden zusammen. Sie war eine überschaubare, kleine Behörde mit fast familiärem Charakter. Überhaupt schien die Kleinheit ein gewollt ver-

35 Vgl. ILGEN/SCHERB (wie Anm. 5), S. 53; HOCHSTUHL (wie Anm. 16), S. 21.

36 Vgl. Klaus-Jürgen MATZ, *Das Land Baden 1945–1952*, in: *Handbuch der baden-württembergischen Geschichte*. Viertes Band: *Die Länder seit 1918*, hg. von Hansmartin SCHWARZMAIER und Meinrad SCHAAB, Stuttgart 2003, S. 477–517, hier S. 492f.

37 Heinrich Tillessen, einer der Mörder des Zentrumspolitikers Matthias Erzberger, stand 1946 in Freiburg vor Gericht und wurde freigesprochen. Zur Begründung des Freispruchs diente ein Amnestiegesetz von 1933. Dies rief heftige Proteste der französischen Militärregierung hervor. Paul Zürcher stellte sich als Chef der badischen Justizverwaltung vor den Richter und betonte dessen Unabhängigkeit, auch wenn er das Urteil für falsch hielt. Ausführlich zur „Tillessen-Affäre“: Cord GEBHARDT, *Der Fall des Erzberger-Mörders Heinrich Tillessen. Ein Beitrag zur Justizgeschichte nach 1945*, Tübingen 1995.

38 Vgl. Tobias WÖHRLE, *Brentano di Tremezzo, Clemens von*, in: *Baden-Württembergische Biographien*, Bd. IV, Stuttgart 2007, S. 33–35.

39 Vgl. Aufzeichnung für den Präsidenten des Staatssekretariates von Clemens von Brentano vom 8.1.1947 und Dienstausteiler vom 24.10.1947, StAF C 5/1 Nr. 3513.

mitteltes Charakteristikum dieses Landes Baden gewesen zu sein, obwohl andere Länder zum Teil gleich groß oder sogar kleiner waren. Das Land Baden umfasste mit 9.952 Quadratkilometern knapp zwei Drittel der Fläche des früheren Landes Baden, mit 1,1 Millionen Einwohnern zu Beginn des Jahres 1946 aber nicht einmal die Hälfte der badischen Gesamtbevölkerung; bis Herbst 1950 wuchs diese Zahl auf 1,3 Millionen.⁴⁰

In einem solchen Land war die Anzahl der politisch Einflußreichen, der führenden Beamten in den Ministerien und anderer Funktionsträger nicht allzu groß. In kurzer Zeit lernten sich diese kennen, sofern sie sich nicht schon aus früheren Jahren kannten. Das politische und administrative Leben konzentrierte sich auf Freiburg, wo die wichtigsten Staatsorgane ihren Sitz hatten. Diese waren alle in wenigen Minuten zu Fuß oder mit dem Fahrrad erreichbar.⁴¹ Wohleb nutzte diese Nähe, indem er sich bei Fragen und Problemen recht kurzfristig zu Gesprächen verabreden und treffen konnte. Bittsteller besuchten aber auch unangemeldet den Staatspräsidenten. Zufällige Treffen in der Stadt, so zum Beispiel beim Kirchgang oder bei öffentlichen Anlässen, waren ebenfalls nicht ausgeschlossen. Wenn es Schwierigkeiten oder Probleme mit der Militärregierung gab, konnte Wohleb dort recht schnell vorsprechen. Aber nicht nur die räumlichen Gegebenheiten, sondern auch die persönlichen Beziehungen und Kontakte in Freiburg und Südbaden spielten eine wichtige Rolle. Wohlebs Politikstil war geprägt von vielen informellen Gesprächen und Absprachen. Im Ganzen kann man von einer „Politik der kurzen Wege“ sprechen.⁴²

Die Staatskanzlei Wohlebs stand jedem offen. Besucher des Staatspräsidenten berichteten meist, wie einfach es war, Wohleb zu treffen, wie unaufgeregt es in der Badischen Staatskanzlei zugeht.⁴³ Wohleb legte Wert auf einen Verwaltungsstil, der überschaubar, menschlich, aber sachlich sein sollte. Nach seinem Ausscheiden aus dem Amt 1952 hat er bemerkt, dass „es nur eine und keine verschiedenen Ebenen des Menschlichen gibt“.⁴⁴ Bei seinem Amtsantritt

40 Vgl. Schreiben der badischen Landesverwaltung Freiburg an den bayerischen Länderratsbevollmächtigten in Stuttgart vom 25.2.1947, StAF C5/1 Nr. 5601; Tabelle zur Steuerkraft der Bundesländer im Rechnungsjahr 1950, Bevölkerungszahl (Stand 13.9.1950), StAF T1 Wohleb, Leo N. 23. Die Landeshauptstadt Freiburg hatte Anfang 1946 eine Bevölkerungszahl von knapp 90.000, die bis Anfang 1951 auf etwa 110.000 stieg.

41 Vgl. dazu: *Rundgang durch die Badische Landeshauptstadt Freiburg (1945–1952)*, hg. vom Kulturred der Stadt Freiburg, Texte von Kurt Hochstuhl u. a., Freiburg i. Br. 2002.

42 Vgl. Tobias WÖHRLE, *Der Umgang mit dem Badischen Ministerium des Kultus und Unterrichts 1945–1952*, in: Eckhard WIRBELAUER (Hg.), *Die Freiburger Philosophische Fakultät 1920–1960. Mitglieder – Strukturen – Vernetzungen* (Freiburger Beiträge zur Wissenschafts- und Universitätsgeschichte, NF, Bd. 1), Freiburg i. Br. 2006, S. 829–850, hier S. 836.

43 Vgl. FÄSSLER (wie Anm. 28), S. 210; Ernst GLAESER, *Leo Wohleb*, in: *Köpfe und Profile*, Zürich/Wien/Berlin o.J. [ca. 1953], S. 159–167.

44 WOHLEB (wie Anm. 7), S. 81.

als Kultusminister mahnte er gegenüber den Ministeriumsmitarbeitern, zu bedenken, dass hinter jeder Akte ein Mensch stehe.⁴⁵

Ein Problem Wohlebs war aber das Bestreben und der Anspruch, es jedem recht machen zu wollen und jedem gerecht zu werden. Das konnte nicht gelingen und führte oft zu seltsam widersprüchlichen Haltungen. Wohleb machte Zusagen oder versprach, sich für jemanden oder etwas einzusetzen und es kam immer wieder vor, dass er hierbei verschiedenen Personen in gleichen Angelegenheiten unterschiedliche Versprechungen machte.⁴⁶

Von Anfang an war Wohleb innerparteilicher Kritik ausgesetzt. Viele, vor allem jüngere Mitglieder, forderten mehr Tatchristentum, Radikalität und eine konsequentere Umsetzung der christlich-sozialen Programmatik. Nachdem Wohleb von der Militärregierung zum Regierungschef ernannt worden war, wurde auch immer wieder seine enge Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht kritisiert. Manch einem galt er gar als „Franzosenknecht“. Vor allem im Laufe des Jahres 1947, als sich die Ernährungslage drastisch verschlechterte und die Besatzungsmacht Reparationen eintrieb und Betriebe demontierte, wuchs die Kritik. Innerhalb der BCSV ging es aber auch um die Forderung der jüngeren Generation, sie an Regierungs- und Parteiaufgaben stärker zu beteiligen.⁴⁷

Auch in der Bevölkerung verlor die Regierung an Ansehen. Daher sahen sich viele in der BCSV veranlasst, etwas zu unternehmen, da sich dies schließlich auch auf die Partei auswirke, die den Regierungschef stelle. Infolgedessen verlor Leo Wohleb auf dem Landesparteitag der BCSV im April 1947 kurz vor der Landtagswahl vorerst indirekt das Amt des Parteivorsitzenden, da die Trennung von Partei- und Regierungsamt beschlossen wurde. Allerdings wurde der Vollzug dieser so genannten „Lex Wohleb“ noch um einige Monate verschoben. Gleichzeitig wurde die Umbenennung der Partei in CDU Baden beschlossen. Allerdings wurde Wohleb erneut zum Parteivorsitzenden gewählt und gleichzeitig zum Spitzenkandidaten für die anstehende Landtagswahl bestimmt.⁴⁸

Nachdem Wohleb Ende August 1947 die Führung der Partei abgegeben hatte, neigte er mehr und mehr zu Eigenmächtigkeiten ohne Rücksprache mit dem Landesvorstand. Es kam immer wieder vor, dass Wohleb diesen vor vollendete Tatsachen stellte. Häufig kam es zu Auseinandersetzungen, doch wenn

45 Vgl. Jürgen STEINMAYR, *Freiburg holt Badens Fahne nieder*, in: „Süddeutsche Zeitung“ vom 26.5.1952; Rolf KIEFER, *Der Kultusminister Leo Wohleb*, in: MAIER/WEINACHT (wie Anm. 21), S. 45–54, hier S. 54.

46 Vgl. Stellungnahme des Sprechers der „Jungen Union“ zur Frage der Regierungsbildung, Februar 1949, ACDP 03-018-148.

47 Vgl. FÄSSLER (wie Anm. 28), S. 96ff.; WEINACHT/MAYER (wie Anm. 24), S. 213f.

48 Vgl. WEINACHT/MAYER (wie Anm. 24), S. 225f.

die Opposition den Staatspräsidenten und die Regierungspartei angriff, führte dies in der Regel zu einer größeren Geschlossenheit der CDU in Baden.⁴⁹

Die Regierungsbildung nach der Landtagswahl 1947 war schwierig. Die französische Besatzungsmacht wollte auf jeden Fall eine Koalitionsregierung. Wohleb hätte am liebsten ein Allparteienkabinett gebildet. Doch in der BCSV war die Beteiligung der Kommunisten äußerst umstritten. Die Liberalen wollten nur in eine Regierung eintreten, wenn sie das Wirtschaftsministerium erhalten sollten, aber die Franzosen hatten sich bereits auf einen Sozialdemokraten als Wirtschaftsminister festgelegt. Nach vielen Gesprächen gelang es schließlich, eine BCSV-SP-Koalition zu bilden. Der DP wurde bedeutet, sie könne jederzeit in die Regierung eintreten, die KP blieb außen vor.⁵⁰ Wohleb übernahm neben dem Amt des Staatspräsidenten auch die Leitung des Ministeriums des Kultus und Unterrichts.

Lange funktionierte die Zusammenarbeit mit der SP aber nicht. Bereits zu Jahresende 1947 zeichnete sich ab, dass zum Teil zu unterschiedliche Vorstellungen in beiden Parteien bestanden. Die Gesetzesvorlage zur Bodenreform führte zum Rücktritt der SP-Minister. Von da an trug die CDU, die ja die absolute Mehrheit der Sitze im Landtag innehatte, alleine und „ohne Lust“ die Regierungsverantwortung.⁵¹

Wohlebs badische Landespolitik

Von Ende 1946 bis Mitte 1952 bestimmte Leo Wohleb die Geschicke des Landes Baden. Er war die zentrale Figur des politischen Lebens. Durch die absolute Mehrheit der CDU im Badischen Landtag musste die Regierungspartei nach dem Ende der Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten auf keinen Koalitionspartner Rücksicht nehmen. Allerdings behielt sich die französische Besatzungsmacht Einflussnahmen vor.

Einige der wichtigen Reformprojekte der direkten Nachkriegszeit in Baden waren von der Besatzungsmacht angestoßen worden, dazu zählten das Agrarreformgesetz, das Betriebsrätegesetz, aber auch die Organisation des Sozialversicherungswesens.⁵² Hervorzuheben ist das Betriebsrätegesetz, das gegen

49 Vgl. WEINACHT (wie Anm. 5), S. 99.

50 Vgl. MATZ, *Baden* (wie Anm. 36), S. 513f.; FÄSSLER (wie Anm. 28), S. 169f.; WEINACHT (wie Anm. 5), S. 98f.

51 Vgl. WEINACHT/MAYER (wie Anm. 24), S. 233; MATZ, *Baden* (wie Anm. 36), S. 514.

52 Ausführlich dazu: Hans-Georg MERZ, *Bodenreform – Agrarreform – Flurbereinigung. Zum badischen Agrarreformgesetz vom 27. Februar 1948*, in: Paul-Ludwig WEINACHT (Hg.), *Gelb-rot-gelbe Regierungsjahre. Badische Politik nach 1945. Gedenkschrift zum 100. Geburtstag Leo Wohlebs (1888–1955)*, Sigmaringendorf 1988, S. 179–198, und folgende Beiträge in: Edgar WOLFRUM/Peter FÄSSLER/Reinhard GROHNERT, *Krisenjahre und Aufbruchszeit. Alltag und Politik im französisch besetzten Baden 1945–1949*, München 1996; Peter FÄSSLER, *Der Streit um die Bodenreform*, S. 260–269; Edgar WOLFRUM,

Widerstände aus Wirtschaftskreisen auch innerhalb der badischen CDU verabschiedet wurde. Es galt als eines der arbeitnehmerfreundlichsten Gesetze dieser Art und diente später anderen Ländern als Vorbild. Das Bundesbetriebsverfassungsgesetz, durch das 1952 die badische Regelung abgelöst wurde, blieb hinter dieser zurück.⁵³ Wohleb trat für soziale Verbesserungen ein. Wo Reformvorstellungen der Besatzungsmacht und der badischen Landesregierung ähnliche Zielsetzungen hatten, konnten positive Ergebnisse erzielt werden, wo sie in verschiedene Richtungen gingen, waren diese nur schwer durchsetzbar und selten von Dauer.⁵⁴

Kriegsopfer wurden in Baden allerdings vorbildlich unterstützt. Die Beträge, die an Versehrte und Hinterbliebene gezahlt wurden, lagen weit über den Sätzen in den anderen Ländern. Dies spürten die Empfänger sehr deutlich, als 1950 das Bundesversorgungsgesetz in Kraft trat und ihre monatlichen Leistungen nun weit geringer ausfielen. Die sozialpolitischen Errungenschaften in Baden waren vor allem der Initiative der Besatzungsmacht zu verdanken, aber auch dem Einsatz führender Sozialdemokraten in der Arbeitsverwaltung.⁵⁵

Die Bilanz der wenigen Jahre, welche die Regierung Wohleb im Amt war, fällt insgesamt positiv aus. Es fand eine rege gesetzgeberische Tätigkeit statt, viele Bereiche wurden neu geregelt. So hatte das Land Baden beispielsweise das erste neue Denkmalschutzgesetz in Deutschland nach dem Krieg. Es wurde zum Vorbild für die moderne Denkmalpflege in Baden-Württemberg und den übrigen Ländern der Bundesrepublik Deutschland.⁵⁶ Auch das Naturschutzgesetz Badens hatte Modellcharakter für die weitere Entwicklung derartiger Gesetze in Baden-Württemberg. Vor allem die Einrichtung eines Naturschutzfonds, um zum Beispiel den Kauf von Flächen zu unterstützen, war eine Neuentwicklung, die sowohl im Land als auch später im ganzen Bundesgebiet aufgegriffen wurde.⁵⁷

Individueller Versorgungskampf statt kollektiver Mitbestimmung? Die Arbeiterschaft und Wirtschaftsreformen, S. 239–259; DERS., „Wir sind ein armes Volk geworden“. Sparzwang und Reformeifer in der Sozialversicherung, S. 270–281.

53 Vgl. Edgar WOLFRUM, *Französische Besatzungspolitik und deutsche Sozialdemokratie. Politische Neuansätze in der „vergifteten Zone“ bis zur Bildung des Südweststaates 1945–1952*, Düsseldorf 1991, S. 241.

54 Vgl. MATZ, *Baden* (wie Anm. 36), S. 510ff.; WEINACHT, *Leo Wohleb* (wie Anm. 7), S. 47; Paul FEUCHTE, *Verfassungsgeschichte von Baden-Württemberg*, Stuttgart 1983, S. 4; FÄSSLER (wie Anm. 28), S. 209.

55 Vgl. MATZ, *Baden* (wie Anm. 36), S. 510f.

56 Vgl. Dieter PLANCK, *50 Jahre Denkmalpflege in Baden-Württemberg. Zur Geschichte der Denkmalpflege*, in: *Denkmalpflege in Baden-Württemberg. Nachrichtenblatt des Landesdenkmalamtes*, 32 (2003) 1, S. 1–18, hier S. 14.

57 Vgl. Bärbel HÄCKER, *50 Jahre Naturschutzgeschichte in Baden-Württemberg. Zeitzeugen berichten*, hg. von Eberhart HEIDERICH, Stuttgart 2004, S. 17 und 32f.

Im Umgang mit der französischen Besatzungsmacht setzte Wohleb auf kleine Schritte, in unaufgeregter, kompromissbereiter Weise, selten von öffentlichkeitswirksamen Aktionen begleitet. So konnte er weit mehr erreichen als durch einen harten Konfrontationskurs. Aber auch durch zögerliche Umsetzung oder gar Verschleppung französischer Anordnungen erledigten sich manche Dinge von selbst oder wurden nach 1949 wieder rückgängig gemacht.⁵⁸

In der Öffentlichkeit und auch in der eigenen Partei wirkte diese Vorgehensweise und die Nähe zur Besatzungsmacht negativ auf die Popularität und das Ansehen Wohlebs. Wie der Rücktritt der Landesregierung im August 1948⁵⁹ aus Protest gegen die Demontagen der französischen Besatzungsmacht beweist, wäre vielen Bürgern eine bewusste und auf Konfrontation setzende Auseinandersetzung mit der französischen Militärverwaltung lieber gewesen als vorsichtiges Taktieren und Ausloten. Daher hätten sich viele damals von ihrem Staatspräsidenten klarere Worte und eindeutige Stellungnahmen gewünscht. Wohlebs Agieren hätte ihn sein Amt kosten können, doch sowohl die Franzosen, als auch einige der einflussreichen BCSV/CDU-Politiker hielten an ihm fest.⁶⁰

Die Kehl-Frage schnitt Wohleb in Gesprächen mit französischen Vertretern konsequent an. Durch seine Beharrlichkeit kamen die Regelungen für Stadt und Hafen Kehl⁶¹ und schließlich auch die Rückgabe aller Stadtteile in deutsche Hand zustande.⁶²

58 Vgl. FÄSSLER (wie Anm. 28), S. 209.

59 Ende August 1948 trat die badische Landesregierung aus Protest gegen weitere Demontagen durch die französische Besatzungsmacht zurück. Sie wollte nicht länger die Verantwortung dafür mittragen, blieb allerdings geschäftsführend bis zur Wahl einer neuen Regierung durch den Landtag im Amt. Durch die absolute Mehrheit der CDU im badischen Parlament konnte die Partei den Zeitpunkt der Wahl und die Zusammensetzung der neuen Regierung alleine bestimmen. In langen Verhandlungen, bei denen der Rücktritt der Regierung die Position der badischen Seite etwas verbessert hatte, fand sich die Besatzungsmacht zu Konzessionen bereit, so dass schließlich im Februar 1949 eine Neuwahl der Exekutive im Landtag erfolgte.

60 Vgl. FÄSSLER (wie Anm. 28), S. 171ff.; Vorständebesprechung in Freiburg, Rathaus, am Samstag/Sonntag, 11./12.12.1948, ACDP 03-018 148.

61 Kehl am Rhein, die deutsche Nachbarstadt Straßburgs, war während des Krieges Ende 1944 von der deutschen Bevölkerung geräumt worden. Nach der Besetzung durch französisches Militär war es Deutschen verboten, große Teile Kehls, die von Stacheldraht umgeben waren, zu betreten. Stattdessen bezogen französische Armeeingehörige oder ausgebombte Straßburger die Häuser der Stadt. Es wurde sogar über eine Annexion Kehls nachgedacht. Im Washingtoner Abkommen der drei Westalliierten von 1949 wurde festgelegt, dass Kehl innerhalb von vier Jahren von den Franzosen geräumt und in deutsche Verwaltung zurückgegeben werden sollte. Außerdem sollte der Rheinhafen einer gemeinsamen deutsch-französischen Verwaltung unterstellt werden. Das 1951 geschlossene Kehler Hafen-Abkommen handelte die badische Landesregierung eigenständig mit der französischen Besatzungsmacht aus.

62 Vgl. Bericht über Wohlebs Paris-Besuch, Mai 1949, von Clemens von Brentano, AOFAA Bade 301; MATZ, *Baden* (wie Anm. 36), S. 517; ausführlicher Hartmut STÜWE, *Evaku-*

Bis Februar 1949 amtierte die Regierung nur kommissarisch, bis die Militärregierung sich zu Zugeständnissen in der Demontagefrage bereit erklärte. Dann wurde Wohleb im Landtag erneut zum Staatspräsidenten gewählt, allerdings nur mit einer Stimme mehr als erforderlich. Die Zusammensetzung des Kabinetts blieb unverändert. Wohleb war am „Tiefpunkt seiner Popularität“ angekommen.⁶³

Der Pädagoge Wohleb kümmerte sich besonders um die Bildung, die Schulen und Hochschulen. Dafür wurden nicht geringe Beträge aufgewandt, zuerst um den Schulbetrieb wieder in Gang zu bringen, später um das Schulwesen weiter auszubauen. Daneben wurden einige Fachschulen großzügig gefördert. Vor allem Höhere Schulen und Berufsschulen waren im Land Baden weit besser mit Lehrern ausgestattet als in den beiden anderen südwestdeutschen Ländern. Ein besonderes Augenmerk der Regierung Wohleb galt der Universität Freiburg, für deren Wiederaufbau relativ hohe Geldbeträge bewilligt wurden. Es galt, die zerstörten Gebäude wiederherzustellen und den Bestand der Freiburger Albert-Ludwigs-Universität zu sichern.⁶⁴

Die angespannte Finanzlage des Landes, belastet vor allem durch die hohen Besatzungskosten, schränkte den finanziellen Spielraum ein. Es wurde Sparsamkeit geübt, doch Wohleb ließ sich immer wieder, häufig gegen den Widerstand von Finanzminister Wilhelm Eckert, davon überzeugen, bestimmte Projekte von staatlicher Seite finanziell zu bezuschussen. Nach der Währungsreform und der Gründung der Bundesrepublik und somit der Einführung der Bundesfinanzverwaltung, gegen die sich Wohleb vergeblich gestemmt hatte, wuchsen die Schulden des industriearmen Landes Baden rasch.⁶⁵

Nach 1948 wuchs die Wirtschaft, die Zahl der Beschäftigten stieg kontinuierlich an. Dies war allerdings nicht landesspezifisch, sondern Teil des Wirtschaftswachstums in den Ländern der drei westlichen Besatzungszonen.⁶⁶

Die Heimatpolitik Wohlebs hatte positive Auswirkungen auf das Selbstwertgefühl der Bevölkerung nach der zwölfjährigen Hitlerdiktatur und der deutschen Kapitulation am Ende eines verheerenden Krieges. Es gelang dem badischen Staatspräsidenten, den Menschen wieder eine Identität zu vermitteln, die er weitgehend auf Traditionen und historische Entwicklungen grün-

ierung, Besetzung, Freigabe. Kehler Stadtgeschichte 1944–1953. Eine Dokumentation des Stadtarchivs Kehl zur gleichnamigen Ausstellung im Hanauer Museum im April/Mai 2003 anlässlich des Jubiläums „50 Jahre Freigabe Kehl“, Kehl 2003.

63 Vgl. FÄSSLER (wie Anm. 28) S. 173f.

64 Vgl. FEUCHTE (wie Anm. 54), S. 286f.; WÖHRLE (wie Anm. 42).

65 Vgl. Stefan PAWELLEK, *Die badische Finanzverwaltung 1919–1952. Ihre Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung im Reich und in der Bundesrepublik*, Rheinfelden 1986, S. 215.

66 EBD. S. 202f.

dete. Stadtrechtsverleihungen und die badische Gemeindeordnung trugen zu einem neuen Selbstbewusstsein der Kommunen bei. Die Begriffe Demokratie, Toleranz und Liberalität waren wichtige Pfeiler dieses badischen Heimatgefühls.

Bei der Vermittlung eines solchen Heimatgefühls störte allerdings eine zu große Zahl an Zugezogenen. Daher war es Wohleb auch nicht unrecht, dass die französische Besatzungsmacht bis 1949 die Aufnahme von Flüchtlingen und Vertriebenen aus den deutschen Ostgebieten, die vorerst vor allem in Norddeutschland und Dänemark untergebracht waren, verweigerte. Wohleb wie auch viele andere badische Politiker waren der Überzeugung, dass die Ernährungssituation in Baden zu angespannt sei, um zusätzlich weitere Tausende von Menschen zu versorgen. Er betonte aber auch die „Gefahr der Überfremdung speziell aus dem Norden“. ⁶⁷ Viele dieser Deutschen aus dem Osten waren evangelisch und stammten aus Preußen. So dürften hier auch Wohlebs antipreußische und teilweise auch antiprotestantische Ressentiments mitgeschwungen haben. ⁶⁸

Für einen Menschen von Wohlebs Bildungsstand aus einem toleranten Haus mag dies verwunderlich sein. Diese schwarz-weiß Argumentation ist zu einfach, zu verkürzt und zu wenig reflektiert. Der Politiker Wohleb hat sich ihrer aber einige Zeit ohne Bedenken bedient. Vor allem bis 1948, als gleichzeitig auch noch eine stärkere „Badifizierung“ der Universität Freiburg gefordert worden war. ⁶⁹ In seiner Weihnachtsansprache 1948 schlug er dann etwas andere Töne an und relativierte viele seiner bisherigen Aussagen. „Ich lehne die heute vielfach beliebte Schwarz-Weiß-Malerei bei der Behandlung Preußens ab.“ ⁷⁰ Daher liegt der Schluss nahe, dass sich Wohleb entgegen seiner Kenntnis im Zuge der Distanzierung vom Nationalsozialismus und seiner badischen Heimatpolitik nicht gescheut hat, mit diesen Negativbildern zu arbeiten. Sie waren ihm Propagandamittel seiner Politik. Gleichzeitig konnte er dadurch aber auch französische Argumentationslinien aufgreifen.

In der politischen Auseinandersetzung folgte Wohleb nicht immer demokratischen Spielregeln und umging, zur Durchsetzung von bestimmten Projekten, beispielsweise Parteigremien oder sogar Abteilungen von Landesministerien. In persönlichen Gesprächen war er jedoch meist bereit, zu einvernehmlichen Lösungen zu kommen. Wohleb war kein Parteipolitiker. In erster Linie war er Pragmatiker und als solchem dienten ihm die Partei und die Frak-

⁶⁷ Auszug aus der 19. Sitzung der Landesregierung, 16.2.1948, StAF C 15/1 Nr. 649–664.

⁶⁸ Vgl. *Flucht, Vertreibung, Eingliederung. Baden-Württemberg als neue Heimat. Begleitband zur Ausstellung*, bearb. von Immo EBERL, Sigmaringen 1993, S. 115, 119, 133.

⁶⁹ Vgl. WÖHRLE (wie Anm. 42), S. 841f.

⁷⁰ Weihnachtsansprache Wohlebs, gehalten im Südwestfunk, 24.12.1948, StAF T1 NL Schühly, Alfred Nr. 135, abgedruckt in: MAIER/WEINACHT (wie Anm. 21), S. 187.

tion als Instrumente zur Durchsetzung seiner Vorstellungen. Maximen seines Handelns waren seine christlich-humanistischen Prägungen, aber auch seine Kompromissbereitschaft und vor allem sein persönlicher und verfassungsmäßiger Auftrag, „Treuhand der alten badischen Überlieferung“ zu sein. Vor allem Letzteres hatte zur Folge, dass eines der Ziele, auf das die Regierung hinarbeitete, die Wiedervereinigung der durch die Besatzungsmächte getrennten beiden badischen Landesteile war. So standen ab der zweiten Hälfte des Jahres 1948 viele Bereiche der Politik Wohlebs mehr und mehr unter dem Primat des Kampfes um die Wiederherstellung des alten Landes Baden und gegen die Bildung eines Südweststaates.

Gegner des Südweststaates – Kämpfer für Baden

Wenn Wohleb als Politiker in vielen Fällen konsensorientiert war, sich oft um Kompromisse bemühte und auch selbst dazu bereit war, so war er in der Frage nach der Bildung eines Südweststaats nicht bereit, dies zu akzeptieren. Baden sollte in seinen alten Grenzen, wie es zu Beginn des 19. Jahrhunderts zugeschnitten worden war, wieder entstehen. Wohlebs Motivation für seinen Kampf um Baden kann direkt aus seiner badischen Identität, die er selbst „badisches Heimatgefühl“ nannte, abgeleitet werden. Und auch der Kulturkampf spielte eine Rolle, denn Wohleb hatte Bedenken hinsichtlich der konfessionellen Verschiebungen durch eine Vereinigung mit dem mehrheitlich protestantischen Württemberg.⁷¹

Während die Südweststaatsbefürworter vor allem wirtschaftliche Argumente anführten, setzte die Altbadenerbewegung auf Emotionen. Die Begriffe „Baden“ und „Heimat“ wurden synonym gebraucht. „Treu der Heimat“ bedeutete auch „Treu zu Baden“. Die Kampagnen und Methoden der Altbadener waren sicher die aggressiveren, doch beide Seiten sparten nicht mit persönlichen Beleidigungen und Diffamierungen. So war Wohleb beispielsweise in jenen Jahren eine der am meisten karikierten Persönlichkeiten in der südweststaatsfreundlichen Stuttgarter Zeitung. Sein Auftreten und sein Kampf gegen den Südweststaat brachten ihm aber eine große Popularität ein.⁷²

1948 organisierten sich Südweststaatsgegner und -befürworter: Wohleb, an der Spitze der Altbadener, stand im Vordergrund, war im Land unterwegs und hielt Reden, während Paul Zürcher die Propaganda und andere Aktionen organisierte. Bei Zürcher liefen die Fäden zusammen. Einige Aktionen waren am Rande der Legalität. Vor allem mit südbadischen Südweststaatsbefürwor-

71 Vgl. beispielsweise die Rede Wohlebs, Badischer Landtag, 33. Sitzung, 7.9.1948.

72 Vgl. Carola BURY, *Die politische Auseinandersetzung zwischen Badenern und Südweststaatlern (1948–1951)*, in: WEINACHT, *Gelb-rot-gelbe Regierungsjahre* (wie Anm. 52), S. 292–308, hier S. 300ff.

tern ging man nicht zimperlich um, erst recht, wenn sie aus der eigenen Partei kamen.

Auch die Südweststaatsbefürworter griffen in die Propagandakiste. 1951 erschien eine anonyme Schmähchrift gegen Wohleb und die Altbadener, in der nicht mit Angriffen gegen den südbadischen Staatspräsidenten gezeigt wurde. Heute ist bekannt, dass Theodor Eschenburg, der engste Berater des süd-württembergischen Ministerpräsidenten Gebhard Müller, der Verfasser war. Eschenburg war ein Befürworter des Länderzusammenschlusses und blieb sein ganzes Leben lang ein Kritiker Wohlebs, wobei er auch manchmal seine positiven Eigenschaften hervorhob. So nannte er ihn einen „Hinterwäldler von Format“.⁷³

Es gab viele Treffen der Ministerpräsidenten der drei Südwestländer, einerseits Leo Wohleb, andererseits die Südweststaatsbefürworter Reinhold Maier (Württemberg-Baden) und Gebhard Müller (Württemberg-Hohenzollern). Mit seinem Parteifreund Müller verstand sich Wohleb trotz allem recht gut, doch Maier wurde zu einem seiner Intimfeinde. Daneben fanden auch etliche Versammlungen und Konferenzen statt, auf denen der Weg, der zum Südweststaat führen sollte, von Delegationen der einzelnen Regierungen besprochen und festgelegt wurde. Daran nahm Wohleb nicht immer teil. Dies ermöglichte es ihm aber später, bereits gefasste Beschlüsse zu ignorieren oder wegen irgendwelcher Kleinigkeiten für ungültig zu erklären. Wohleb setzte darauf, die Frage der Gründung Baden-Württembergs auf die lange Bank zu schieben.⁷⁴

Beide Seiten einigten sich schließlich darauf, die Frage durch eine Volksabstimmung klären zu lassen. Nachdem eine Volksbefragung 1950 in Gesamtbaden eine Mehrheit für die Wiederherstellung der alten Länder ergeben hatte, kam dem Abstimmungsmodus eine wichtige Bedeutung zu. Wohleb wollte zwei Abstimmungsbezirke, das gesamte Baden und das gesamte Württemberg. Eine Vereinigung sollte es nur dann geben, wenn beide Bezirke mehrheitlich dafür votieren sollten. Theodor Eschenburg entwickelte die Idee, vier Abstimmungsbezirke (Nord- und Südwürttemberg und Nord- und Südbaden) zu bilden, wobei der Zusammenschluss bei einer Mehrheit in drei Bezirken vollzogen werden sollte. Dieser Vorschlag wurde im Bundestag durchgesetzt, dem die Regelung der Südweststaatsfrage durch Art. 118 GG zugefallen war. Die

⁷³ *Baden von 1945 bis 1951, was nicht in der Zeitung steht*. Unveränderter Nachdruck der 1951 im Friedrich Vorwerk Verlag erschienenen 2. Aufl., Freiburg i.Br. 1979, S. 36.

⁷⁴ Ausführlich zur Südweststaatsfrage: Eberhard KONSTANZER, *Die Entstehung des Landes Baden-Württemberg*, Stuttgart 1969; Paul-Ludwig WEINACHT, *Der Weg in den Südweststaat*, in: *Der Weg zum Südweststaat*, hg. von der Landeszentrale für politische Bildung, bearb. von Jörg THIERFELDER und Uwe UFFELMANN, Karlsruhe 1991, S. 310–323; Klaus-Jürgen MATZ, *Grundlagen und Anfänge von Baden-Württemberg 1948–1960*, in: *Handbuch der baden-württembergischen Geschichte*. Vierter Band: *Die Länder seit 1918*, hg. von Hansmartin SCHWARZMAIER und Meinrad SCHAAB, Stuttgart 2003, S. 519–590.

Volksabstimmung im Dezember 1951 ergab breite Mehrheiten für den Südweststaat in Nord- und Südwürttemberg. Nordbaden votierte mit rund 57 Prozent dafür. Nur in Südbaden gab es eine Mehrheit von 62,2 Prozent für Baden. Für Unmut sorgte bei Wohleb und den Altbadenern allerdings die Tatsache, dass sich in Gesamtbaden eine Mehrheit von 52,2 Prozent für die Wiederherstellung der alten Länder ausgesprochen hatte. Wohleb konnte sich nur schwer damit abfinden.⁷⁵

So versuchte er auch nach der Volksabstimmung, die Bildung des Südweststaates aufzuhalten. Einige südbadische CDU-Bundestagsabgeordnete stellten den Antrag, das beschlossene Neugliederungsgesetz nicht umzusetzen. Auch Wohleb warb als Staatspräsident in Bonn vor dem Plenum des Bundestags dafür. Er beendete seine Rede trotzig mit den Worten: „Noch ist Baden nicht verloren!“⁷⁶ Doch letztendlich konnte auch er die Gründung Baden-Württembergs nicht verhindern. Wohleb war aber zeitlebens nicht bereit, die vom Gesetzgeber festgelegte Vorgehensweise und das Ergebnis der Volksabstimmung vom Dezember 1951 zu akzeptieren. Nur widerwillig schied er aus dem Amt. Seine Abschiedsansprache als badischer Staatspräsident im Südwestfunk am 17. Mai 1952 beendete er pathetisch mit einem Bekenntnis zur Heimat: „Ich scheide in Treue zu Baden und dem badischen Volk, das unser Herrgott segnen möge. Es lebe das badische Volk! Es lebe die badische Heimat!“⁷⁷

Auf dem Weg zur Bundesrepublik Deutschland

Auch wenn Wohleb immer wieder Separatismus vorgeworfen wurde, so trat er stets für das Wiederentstehen eines deutschen Staates nach dem Zweiten Weltkrieg ein. Initiativen in diese Richtung gingen von ihm keine aus, aber sobald die französische Besatzungsmacht es erlaubte, beteiligte er sich am Entstehungsprozess eines westdeutschen Staates. Wohleb beschäftigte sich bereits seit den Vorbereitungen für die Münchener Ministerpräsidentenkonferenz 1947 intensiver mit der Frage der Gestaltung eines zukünftigen deutschen Staates. Er stellte sich einen Bundesstaat oder sogar einen Staatenbund vor, dessen wichtigstes Organ ein Staatenhaus oder Länderrat sein sollte, dessen Mitglieder von den einzelnen Landesregierungen entsandt würden, so dass diesen der wesentliche Einfluss auf die Bundesgesetzgebung sicher sein sollte. Dies entsprach weitgehend noch den Vorstellungen, die in dieser Frage

⁷⁵ Vgl. MATZ, *Grundlagen* (wie Anm. 74), S. 543.

⁷⁶ Ansprache Wohlebs in der 138. Sitzung des Bundestages, 25.4.1951, Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Sten. Ber., 1. WP 1949, Bd. 7, Bonn 1951, S. 5440f.

⁷⁷ Abschiedsansprache des Badischen Staatspräsidenten Leo Wohleb im SWF, 1952, abgedruckt in: *Leo Wohleb* (wie Anm. 15), S. 45–48, hier S. 48.

bereits ein Jahr zuvor von führenden Personen in der BCSV vertreten worden waren.⁷⁸

In der zweiten Jahreshälfte von 1947 beabsichtigte Wohleb, die Ministerpräsidenten zu einer weiteren Konferenz nach Baden einzuladen, um über die föderale Gestaltung des zukünftigen deutschen Staatswesens zu sprechen. Dazu kam es aber nicht.⁷⁹

Bis zum Frühjahr 1948 veränderten sich Wohlebs Positionen hinsichtlich der Gestaltung eines zukünftigen deutschen Staates. Von einer staatenbündischen Lösung hatte er sich entfernt. Als Vorbilder für einen Bund nannte er die USA und die Schweiz. Nach wie vor sprach er sich für einen starken Föderalismus aus und plädierte für eine Ausstattung der „Länder mit wesentlichen und unabdingbaren Rechten“. Vor allem im wirtschaftlichen Bereich und in Verkehrsfragen sprach er sich für eine Vereinheitlichung aus. Überhaupt sollte den Ländern ein Mindestmaß an Rechten „verfassungsmäßig anerkannt werden“, die diesen auch „nicht entzogen werden können“. Außerdem bekenne sich die badische Landesregierung „bei aller Wahrung des föderalistischen Prinzips grundsätzlich zur Einheit Deutschlands und zur unerschütterlichen Treue und Anhänglichkeit an das gemeinsame deutsche Vaterland“.⁸⁰

Nach der Übergabe der Frankfurter Dokumente am 1. Juli 1948 durch die drei Militärgouverneure der Westalliierten nahm Wohleb an den folgenden Ministerpräsidentenkonferenzen teil, auf denen die Arbeit des Herrenchiemseer Verfassungskonvents und des Parlamentarischen Rats zur Ausarbeitung einer Verfassung für einen westdeutschen Staat auf den Weg gebracht wurden. Er vertrat dabei stets seine stark föderalistisch ausgeprägten Vorstellungen, zählte aber nicht zu den Wortführern. Er schickte Oberlandesgerichtspräsident Paul Zürcher und Justizminister Hermann Fecht als Vertreter Badens in die entscheidenden Gremien und konnte sicher sein, dass sie dort föderalistische und badische Interessen vertraten.⁸¹

In seiner Weihnachtsansprache 1948 sprach Wohleb fast ausschließlich über Fragen in Zusammenhang mit den Beratungen im Parlamentarischen Rat. Er plädierte intensiv für einen starken Föderalismus und untermauerte dies mit

78 Vgl. Wohleb an Hans Ehard vom 31.5.1947 (Abschrift), AOFAA Bade 267; Paul-Ludwig WEINACHT, „Die Einheit Deutschlands auf feinerem Wege verwirklichen ...“. Leo Wohleb (1888–1955) und das historische Bundesstaats-Konzept, in: Geschichte im Westen 8 (1993), Heft 1, S. 90–101, hier S. 97; Rapport mensuel Avril 1946, AOFAA Bade 50.

79 Vgl. WEINACHT, *Die Einheit Deutschlands* (wie Anm. 78), S. 97.

80 Positionen der badischen Landesregierung (wohl für die Presse), Frühjahr 1948, StAf T1 Wohleb, Leo Nr. 22 und Wünsche der Badischen Landesregierung in Bezug auf die deutsche Politik und die Verwaltung des Landes Baden, 20.4.1948, ebd. Nr. 30.

81 Vgl. Alfred KUBE, *Von der Kapitulation zum Grundgesetz. Der Weg zur Bundesrepublik Deutschland aus dem Blickwinkel Südwestdeutschlands*, in: DERS./Thomas SCHNABEL, *Südwestdeutschland und die Entstehung des Grundgesetzes*, Villingen-Schwenningen 1989, S. 13–40, hier S. 24ff.

der Tatsache, dass die Gründung des neuen Staates von souveränen Ländern ausgehe, wenn auch unter den besonderen Bedingungen der Besatzung. Als wichtigste Fragen bezeichnete er die Kompetenzen eines Bundesrates und die Finanzhoheit des Bundes. Er sprach sich nach wie vor für eine dem Bundestag gleichberechtigte Länderkammer aus und zeigte sich unzufrieden mit dem bisherigen Ergebnis der Beratungen im Parlamentarischen Rat in Bonn. Das vorgesehene System sei ihm zu zentralistisch. Gefühlswerte sollten nicht unterschätzt werden. Ein heimatlicher Patriotismus in den Ländern sei der beste „Nährboden für eine Liebe zu dem gesamtdeutschen Vaterland zu dem unverbrüchlichen Eintreten für die Einheit Deutschlands“. Die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands lasse sich „unvergleichlich leichter vollziehen, falls dieses Deutschland föderalistisch aufgebaut sein wird“.⁸²

Fünf Monate später stimmte Wohleb dem Grundgesetzentwurf zu, auch wenn keine Gleichberechtigung von Bund und Ländern erreicht worden war und somit einzelne Punkte nicht seinen Vorstellungen entsprachen.⁸³ Am 23. Mai 1949 unterzeichnete der Staatspräsident des Landes Baden, Leo Wohleb, aus alphabetischen Gründen als erster der Ministerpräsidenten das Grundgesetz.⁸⁴

Nach der Gründung der Bundesrepublik war er Mitglied des Bundesrates. Er delegierte vieles an Justizminister Fecht, dem er das Amt des badischen Bundesratsbevollmächtigten übertrug. Im Kabinett wurden die Vorgehensweisen und das Abstimmungsverhalten der badischen Vertreter in der Länderkammer diskutiert und festgelegt. Hin und wieder nahm Wohleb auch selbst an Sitzungen des Bundesrates teil und im Herbst 1950 übernahm er für ein Jahr das Amt eines Vizepräsidenten. Der Einfluss Badens hielt sich allerdings in Grenzen.⁸⁵

Wohleb war nie Bundespolitiker, und als solcher sah er sich auch nicht, sondern als Badischer Staatspräsident, der in erster Linie für sein Land zuständig und verantwortlich war. Er fühlte sich aber nicht nur als Badener, sondern auch als Deutscher, was ihn antrieb, sich bei der Wiedererrichtung eines deutschen Staatswesens zu engagieren und ihn hoffen ließ, dass die Einheit Deutschlands wieder erreicht werde. Stets hatte er dabei die Rechte und Kompetenzen seines Landes im Blick, das er in vielen Fragen weitgehend selbstständig halten wollte. Dies kam in seinem Einsatz für einen starken Föderalismus zum Ausdruck. Die Betonung der Treue Badens zu Deutschland leitete

82 Weihnachtsansprache Wohlebs, gehalten im SWF, 24.12.1948, StAF T1 NL Schühly, Alfred Nr. 135.

83 Rede Wohlebs, Badischer Landtag, 2. Sitzungsperiode, 13. Sitzung, 18.5.1949, S. 20.

84 Vgl. Foto: Wohleb bei der Unterzeichnung des Grundgesetzes, 23.5.1949, StAF T1 Wohleb, Leo Nr. 208.

85 Vgl. Benennung der Mitglieder für die Ausschüsse des Bundesrates, 18.10.1949, ebd. Nr. 23; WEINACHT, *Leo Wohleb* (wie Anm. 7), S. 48.

er aus der Geschichte her. Für ihn war die „Treue zu Deutschland“ ein Teil der badischen Tradition.⁸⁶ Diese Argumentation diente aber auch dazu, den Erhalt des Landes Baden in seinen alten Grenzen zu legitimieren.

„*Europa ist eine geistige Wirklichkeit*“

War Leo Wohleb bereits in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg von der Notwendigkeit der europäischen Einigung überzeugt, so war ihm diese Frage nach dem Zweiten Weltkrieg noch viel wichtiger. Grundlage einer europäischen Einigung war für ihn die deutsch-französische Freundschaft, die er als „Schlüssel“ für eine „europäische Union“ ansah.⁸⁷

Seine geistige Orientierung war schon vor dem Zweiten Weltkrieg ganz klar in Richtung Westen ausgerichtet. 1949 bezeichnete Wohleb das vom Rhein geformte Baden „als ein Land, das nach Westen schaut“ und so „zum Werk des Brückenbaues gezwungen“ sei, was „unserem Wesen“ entspreche.⁸⁸

Wenn Wohleb von Europa sprach, so meinte er stets das christliche, romanisch geprägte Westeuropa, ganz im Sinne der Abendland-Definition der damaligen Zeit.⁸⁹ „Europa ist mehr als ein räumlicher Ordnungsbegriff – Europa ist eine geistige Wirklichkeit, klar geformt vom antiken Erbe, nachdem in Helles der europäische Geist geboren wurde, überhöht durch die Wahrheit des Christentums.“⁹⁰ Wohleb sah die Lösung der „wirtschaftlichen, sozialen, militärischen Probleme“ der Staaten Westeuropas in der „Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa“, ganz klar in Abgrenzung zum sowjetischen Einflussbereich.⁹¹

Die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa war für Wohleb nur auf föderalem Wege denkbar, bei Gleichberechtigung der einzelnen Staaten, die

86 Vgl. Ansprache Wohlebs anlässlich des Staatsbesuches von Bundespräsident Theodor Heuß im Land Baden 1950, StAF T1 NL Schühly, Alfred Nr. 135.

87 Vgl. Badischer Landtag, 2. Sitzungsperiode, 8. Sitzung, 7.3.1949, S. 11; Hermann KOPF, *In Memoriam Leo Wohleb*, in: MAIER/WEINACHT (wie Anm. 21), S. 139–145, hier S. 144; Pierre PÈNE, *Un patriote badois, un Européen: Léo Wohleb*, in: MAIER/WEINACHT (wie Anm. 21), S. 146–148, hier S. 147.

88 Ansprache Wohlebs bei der Verabschiedung von General Koenig im Freiburger Kaufhausaal, August 1949, StAF T1 Wohleb, Leo Nr. 118. Vgl. auch verschiedene Unterlagen über „Mouvements européens“ in Baden, AOFAA Bade 585, 586 und 587.

89 Vgl. z.B. Ansprache Wohlebs auf einer Tagung der Vereinigung der Kommunalbeamten in Heidelberg, ohne Datum, StAF T1 Wohleb, Leo Nr. 26, abgedruckt in: MAIER/WEINACHT (wie Anm. 21), S.195–198.

90 Auszug aus einem Artikel von Leo Wohleb in der Zeitschrift „Nouvelles de France“, 1948, Abschrift der Übersetzung, StAF T1 NL Wohleb, Maria Nr. 4, abgedruckt in: *Leo Wohleb* (wie Anm. 15), S. 44.

91 Ansprache Wohlebs auf einer Tagung der Vereinigung der Kommunalbeamten in Heidelberg, ohne Datum, StAF T1 Wohleb, Leo Nr. 26.

ihre „staatliche Eigenpersönlichkeit“ nicht verlieren dürften.⁹² Wohleb engagierte sich in verschiedenen europäisch ausgerichteten Vereinigungen, nahm an Veranstaltungen und Treffen teil, auf denen der Europagedanke beschworen und befördert werden sollte und unterstützte Jugendaustauschprojekte. Vorrangig trat er bei Veranstaltungen der Europa-Union auf.⁹³ Neben dem Publizisten Eugen Kogon, Konrad Adenauer und anderen westdeutschen Politikern, nahm auch Wohleb im Mai 1948 am Haager Europa-Kongress teil.⁹⁴

Erste Schritte hin zu einer europäischen Einigung waren für Wohleb die Kontakte in die Schweiz und nach Frankreich. Gute nachbarliche Beziehungen waren für ihn die Grundlage für eine Verständigung. Bereits in seiner ersten Rede als BCSV-Vorsitzender im Februar 1946 hatte er dies als Ziel formuliert und dieses als „badische Außenpolitik“ bezeichnet.⁹⁵

Letzte Lebensjahre als Gesandter in Portugal

Im Februar 1952 bot Bundeskanzler Konrad Adenauer Leo Wohleb den Posten des ersten Gesandten der Bundesrepublik Deutschland in Portugal an. Noch amtierte Wohleb als Staatspräsident in Freiburg, doch das Ende war absehbar. Adenauer war der Ansicht, dass nach den langen Jahren der Verhandlungen und Abstimmungskämpfe, nach der Entscheidung, den Südweststaat zu gründen, dort wieder Ruhe einkehren müsse. Vor allem innerhalb der in der Südweststaatsfrage gespaltenen CDU-Verbände sollten die aufgerissenen Gräben wieder zugeschüttet werden. Daher offerierte Adenauer auch Wohlebs innerparteilichem Widersacher Gebhard Müller den Posten des Botschafters in Madrid. Aber nur Wohleb nahm nach längerem Überlegen das Angebot an.⁹⁶

92 Vgl. Weihnachtsansprache Wohlebs, gehalten im SWF, 24.12.1948, StAF T1 NL Schühly, Alfred Nr. 135.

93 Wohleb förderte auch eine von der Europa-Union 1950 initiierte Probeabstimmung über die Bildung eines europäischen Bundesstaates in Breisach. Vgl. dazu Fritz SCHANNO, *Französisches Militär in Breisach. Das Schicksal einer Grenzstadt in den letzten vier Jahrhunderten*, Breisach 1997, S. 74.

94 Vgl. Paul-Ludwig WEINACHT, *Leo Wohleb und die südwestdeutsche Geschichtslegende. Zur Person eines badischen Politikers 20 Jahre nach seinem Tod (12. März 1955)*, in: *Leo Wohleb – der andere politische Kurs* (wie Anm. 18), S. 147–172, hier S. 164.

95 Vgl. Rede Wohlebs auf der ersten Landestagung der BCSV am 24.2.1946 in Freiburg, AOFAA Bade 484; ebenso ACDP 03-018 A 115, abgedruckt in: WEINACHT/MAYER (wie Anm. 24), S. 305.

96 Vgl. Wohleb an Clemens von Brentano, 5.2.1952, von Brentano an Wohleb, 22.2.1952 und 28.2.1952, StAF T1 Wohleb, Leo Nr. 47; WEINACHT, *Leo Wohleb* (wie Anm. 4), S. 95. Zu Wohlebs Zeit als Gesandter vgl. Tilman MAYER, *Leo Wohleb als Diplomat*, in: WEINACHT, *Gelb-rot-gelbe Regierungsjahre* (wie Anm. 52), S. 360–372; Otfried R. DEUBNER, *Leo Wohleb – Deutscher Gesandter in Lissabon (1952–1955)*, in: MAIER/WEINACHT (wie Anm. 21), S. 131–138.

Wohleb hielt sich noch einige Monate in Freiburg auf. Obwohl seine Ernennung schon lange ausgesprochen war, zögerte er, seinen Dienst anzutreten. Das Auswärtige Amt und auch Adenauer selbst drängten schließlich massiv, denn die portugiesische Regierung wurde immer ungeduldiger. Schließlich traf Wohleb am Allerheiligentag 1952 in Lissabon ein.⁹⁷

Das Ehepaar Wohleb verbrachte etwa zweieinhalb Jahre in Portugal. Nur selten kam Leo Wohleb nach Deutschland, meldete sich aber immer wieder zu Wort, um seinen Unmut über die Gründung des Landes Baden-Württemberg zu äußern. Zum einen wäre er gerne wieder in den Politikbetrieb eingestiegen, doch der Versuch, 1953 für den Bundestag zu kandidieren scheiterte, obwohl Adenauer dies befürwortet hatte. Die Altbadenbewegung hoffte auf eine baldige Rückkehr Wohlebs. Vor allem deren strategischer Kopf, Paul Zürcher, drängte und bedrängte den ehemaligen Staatspräsidenten immer wieder, sich endlich an die Spitze der Organisation zu stellen. Zum anderen war der Altstaatspräsident aber auch froh, nicht länger dem Stress und den Anfeindungen seiner Gegner direkt ausgesetzt zu sein.⁹⁸

Im Frühjahr 1955 hätte Wohleb seinen Gesandtenposten aufgegeben und wäre mit seiner Frau nach Freiburg zurückgekehrt. Er war inzwischen 66 Jahre alt und hatte die Pensionsgrenze für den Auswärtigen Dienst bereits überschritten. Seine letzte Amtshandlung war die Begleitung des portugiesischen Wirtschaftsministers auf einem Staatsbesuch in der Bundesrepublik. Am letzten Tag dieser Reise verstarb Leo Wohleb überraschend am Abend des 12. März 1955 in Frankfurt am Main an einer Lungenembolie.⁹⁹

Der ehemalige badische Staatspräsident Leo Wohleb gehört bis heute zu den umstrittenen Politikern der direkten deutschen Nachkriegszeit. Nach der Gründung des Südweststaates, der dann später den Namen Baden-Württemberg erhielt, stand er mit seiner Position, die eine Wiederherstellung der alten Länder Baden und Württemberg gefordert hatte, auf der Verliererseite. Bis zu seinem Tod 1955 stellte er das neue Land und die Art und Weise, wie dessen Gründung zustande gekommen war, immer wieder in Frage. Doch er sollte nicht auf seinen Kampf gegen den Südweststaat reduziert werden. Als Staatspräsident und Kultusminister gehörte er nach 1945 zu den aufbauenden Kräften in Baden, Deutschland und Europa.

97 Vgl. Bericht des dpa-Vertreters in Portugal über die Ankunft des Gesandten Wohleb, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung an verschiedene Abteilungen des Auswärtigen Amtes, 6.11.1952, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin, B 11 Bd. 354.

98 Vgl. verschiedene Schreiben Paul Zürchers an Wohleb aus den Jahren 1953 und 1954, StAF T1 Wohleb, Leo Nr. 117; ILGEN/SCHERB (wie Anm. 5), S. 71ff.; HOCHSTUHL (wie Anm. 16), S. 24.

99 Vgl. WEINACHT, *Leo Wohleb* (wie Anm. 4), S. 96; ILGEN/SCHERB (wie Anm. 5), S. 74.